



Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. November 2023, 9:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Antrag 1.74 (Seite 193): HHSM_GR37 - Keine Erhöhung der Entgelte für Schulesen zum 01.01.2024 (DIE LINKE.)
Vorlage: DHH/2023/4003

Antrag 1.75 (Seite 192): HHSM_GR42 - Bezahlbares Mittagessen in Ganztagschulen - keine Erhöhung der Entgelte zum 01.01.2025 (CDU | SPD | DIE LINKE.)
Vorlage: DHH/2023/4004

Abstimmungsergebnis:

Antrag 1.74: mehrheitlich abgelehnt (6 JA, 35 Nein)

Antrag 1.75: mehrheitlich zugestimmt (38 Ja, 3 Nein)

Der Vorsitzende: Wir kommen jetzt zu den **Haushaltssicherungsmaßnahmen** numerisch **HHS_GR37**, Ertragssteigerung durch Erhöhung der Entgelte Mittagessen an Ganztagschulen und Haushaltssicherung Nummer **HHS_GR42**, Ertragssteigerung durch Erhöhung der Entgelte für Schulesen an Ganztagschulen auf 4,50 Euro. Dazu gibt es einen Antrag der LINKE., keine Erhöhung der Entgelte für Schulesen und es gibt einen Antrag der CDU, einen der SPD und einen der LINKE. Einmal geht es um den 01.01.2024, einmal um den 01.01.2025, wenn ich es richtig wiedergegeben habe. Auch da können wir aus meiner Sicht mit den Anträgen das Thema abarbeiten, abfrühstücken hätte nicht ganz gepasst, und brauchen die Haushaltssicherungsmaßnahmen der Stadt gegebenenfalls nicht zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Dass wir dieses Mal eine schwierige Haushaltsberatung haben, das ist jedem klar. Und dass wir sparen müssen und sollen, das ist auch jedem klar. Ich glaube, wir haben auch schon sehr viele oder die meisten Maßnahmen auch wirklich schweren Herzens mitgetragen. Aber Maßnahmen, die in einem Staccato hintereinander erfolgen und die dann auch noch bei denjenigen erfolgen sollen, die es vielleicht am

wenigsten ertragen können, wollen wir so nicht mittragen. Eine grundsätzliche Preissteigerung ist bei der allgemeinen Inflation, bei den immer höher werdenden Preisen natürlich notwendig. Das ist uns allen sicherlich klar. Aber eine Steigerung jetzt zum 01.01.2024 und dann direkt die nächste schon ankündigen zu 2025, ist unserer Meinung nach überhaupt nicht verhältnismäßig und deswegen haben wir auch diesen Antrag gestellt. Wir werden die erste Steigerung natürlich mittragen, ich denke, das ist auch vertretbar. Aber die zweite, die jetzt schon angekündigt wird, werden wir so auf keinen Fall mittragen, denn wir können nicht bei unseren Kindern in dieser Art und Weise sparen.

Stadträtin Moser (SPD): Aufgrund der prekären Haushaltssituation tragen wir, die SPD-Fraktion, die Erhöhung von 50 Cent von 3,50 Euro auf 4 Euro zum 1. Januar 2024 mit. Der Erhöhung auf 4,50 Euro ab 2025 stimmen wir nicht zu. Und ich möchte das auch ganz kurz begründen. Das Schulmittagessen gewährt nämlich, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer finanziellen Situation Zugang zu einem warmen Essen am Tag haben. Konzentration, Leistungsfähigkeit werden gesteigert, der Gemeinschaftssinn wird gefördert und entlastet die Eltern. Die beiden Erhöhungen kurz hintereinander sind unserer Meinung nach unangemessen für die Eltern und deswegen lehnen wir ab 2025 die Erhöhung ab.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE.): Ich glaube, wir haben oft genug schon gesagt, was wir uns darunter vorstellen beim Mittagessen, dass wir eher Richtung Entgeltfreiheit gehen wollen und die, ich sage es mal in Anführungszeichen, wirkliche Spirale, kleine Spirale, die wir da haben, dass wir die nicht mittragen wollen. Da unterscheiden wir uns ein bisschen, dass wir auch für 2024 die Erhöhung nicht mittragen wollen. Wir glauben einfach, dass das Mittagessen ein elementarer Bestandteil des Bildungssystems ist und wir verstehen die finanzielle Lage. Wir sollten aber nicht bei den Kindern und Jugendlichen ansetzen. Ich glaube, das sind diejenigen, die es am wenigsten schultern können und genauso die Karlsruher Familien.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Schulmittagessen ist ein wichtiger Bestandteil des pädagogischen Konzepts von Schulen. Deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele, im Prinzip eigentlich sogar alle, am Schulmittagessen teilnehmen. Das ist in den Grundschulen der Fall, aber nicht an den weiterführenden Schulen. Wir können heute dem Antrag von SPD und GRÜNE zustimmen. Die Begründung ist auch schon genannt worden. Wir wollen nicht, dass Kinder und Eltern noch mehr belastet werden und deshalb ist vier Euro für uns das absolute Maximum. Denn wir wollen auch ein hochwertiges Essen. Es geht nicht nur um eine Verpflegung, sondern es geht darum, dass dieses Essen auch mit hochwertigen Zutaten und auch ein gesundes und gut schmeckendes Essen ist. Dafür kann vier Euro im Augenblick bezahlt werden, aber mehr geht hier einfach gar nicht.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich möchte noch einmal etwas sagen zu dem schon den ganzen Tag und wahrscheinlich morgen auch immer wieder fallenden Begriff und die prekäre Finanzsituation. Die Finanzsituation ist nicht einfach, aber ich möchte trotzdem am Ende der ganzen sozialen Fragen oder Anträgen hier im Gemeinderat kurz erwähnen, dass wir vom Land 25 Millionen Euro bekommen haben, was natürlich das Prekäre etwas abmildert. Und ich denke, da muss auch für die Beschlüsse des Gemeinderats ein gewisser Spielraum da sein. Uns wurde von der Finanzdezernentin das heruntergerechnet, dass die 25 Millionen Euro an sich nur noch 3 Millionen Euro sind. Aber das sieht meine Fraktion anders. Ich möchte einfach daran erinnern, wir haben 25 Millionen Euro vom Land

bekommen, und das muss sich auch positiv dahingehend auswirken, dass wir hier mehr Spielraum haben, als uns die Verwaltung zugestehen will.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Wir Freien Wähler|FÜR Karlsruhe sehen es ähnlich. Eine Erhöhung im nächsten Jahr gehen wir mit, wie die Verwaltung vorschlägt. Es sind 14, fast 15 Prozent Erhöhung. Für das Jahr 2025 folgen wir dem Antrag der Antragsteller, weil das wären dann fast 30 Prozent innerhalb eines kurzen Zeitraums, und das zu vermitteln ist schwierig und sonst sehen wir die gleiche Argumentation, die hier vorgetragen wurde.

Der Vorsitzende: Gut, dann arbeiten wir jetzt die Anträge ab. Ich rufe zunächst auf den Antrag der LINKEN bereits zum 01.01.2024 auf die Erhöhung zu verzichten. Ich würde dabei implizieren, dass wenn der abgelehnt wird, wir damit der Erhöhung um 50 Cent zugestimmt haben, sonst muss ich es nochmal aufrufen, das macht keinen Sinn. Also, dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Dann rufe ich auf, die Anträge der CDU, SPD und LINKEN zum 01.01.2025 auf die zweite Erhöhung zu verzichten und bitte um Ihr Votum ab jetzt (**mehrheitliche Zustimmung**).

Es gibt so Allianzen. Ich möchte auch anknüpfen an das, was Herr Cramer gesagt hat, nochmal auf Folgendes hinweisen. Wenn wir jetzt aufrechnen würden, was wir vom Land allein für die Krankenhausinvestitionen bekommen müssten und vieles mehr, wobei ich nicht genau weiß, was mit den 25 Millionen Euro gemeint war, dann relativieren sich irgendwelche Mehreinnahmen, die wir vielleicht an der einen oder anderen Stelle haben, zumindest im Verhältnis zum Land sehr. Da sind wir am Ende immer eher diejenigen, die, auch wenn es vom Land übertragene Aufgaben sind, dann noch mit kommunalem Geld draufzahlen müssen.

Zur Gesamtdiskussion würde ich gerne nochmal einführen, weil das jetzt erneut ein Thema war, wo hier der Eindruck entsteht, wir müssen bei jeder Erhöhung, die auf irgendeinen Bürger oder Bürgerin einen Einfluss hat, immer berücksichtigen, dass im Moment Inflation und vieles andere mehr jeden von uns und damit auch jede Bürgerin, jeden Bürger trifft. Wir müssen aber auch feststellen, dass wir entsprechende Auswirkungen auch auf den städtischen Haushalt haben. Auch wir haben mit Inflation zu kämpfen. Wir haben relativ hohe Tarifaabschlüsse zu erwarten. Auch die müssen wir bei unseren Menschen umsetzen. Und wenn ich jetzt höre, dass die GDL 11 Prozent Tariferhöhung für nicht ausreichend betrachtet, dann habe ich nicht den Eindruck, dass... Und wir hatten im öffentlichen Personennahverkehr auch schon eine Steigerung innerhalb von zwei Jahren von 16 Prozent insgesamt. Wenn man bei den Tarifergebnissen bei allen ausgehandelten Aspekte versucht, das Geld umzusetzen, dann bitte ich doch zu berücksichtigen, dass wir hier in einem funktionierenden Sozialsystem, in einer funktionierenden Sozialpartnerschaft leben und wir nicht immer nur die eine Seite betrachten können und auf der anderen Seite, da wo es bei uns nämlich zu deutlich steigenden Kosten kommt, der Meinung sind, wir könnten jetzt alles dadurch ausgleichen, dass wir das nicht auch ein Stück weit umlegen auf die Bürgerinnen und Bürger, die an vielen Stellen auch von Dienstleistungen von uns profitieren und dass wir die Armen oder die ärmeren Gruppen versuchen über den Karlsruher Pass dann nochmal separat aufzufangen und zu begleiten. Da haben Sie auch gerade in den letzten Jahren doch entsprechende weitreichende Beschlüsse gefasst, sodass ich ehrlich gesagt bei manchen Punkten diese stark steigende Schieflage nicht erkennen kann, sondern eher

erkenne, dass wir nicht nur die zusätzlichen Ausgaben, die wir für viele Dinge haben, nicht wieder umlegen können, sondern insgesamt sich die Defizite auch zum Teil, was die Gesamtschere betrifft, weiter auseinanderentwickeln. Da kommen wir, glaube ich, auf Dauer so nicht weiter. Aber das werden wir dann zu gegebener Zeit noch einmal gemeinsam betrachten.